

Andreas Audretsch & Claudia C. Gatzka (Hg.)

Schleichend an die MACHT

Wie die Neue Rechte Geschichte instrumentalisiert,
um Deutungshoheit
über unsere Zukunft zu erlangen



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0582-9

© 2020 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, D-53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Birgit Sell, Köln
Satz: Rohtext, Bonn
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2020

Besuchen Sie uns im Internet: *www.dietz-verlag.de*

INHALT

GELEITWORT	7
Geschichte als Kampffeld (<i>von Jürgen Kocka</i>)	9
EINLEITUNG	15
Warum wir um die Geschichte kämpfen müssen, um eine Zukunft zu haben (<i>von Andreas Audretsch & Claudia C. Gatzka</i>)	17
TEIL I	
DIE BEISPIELE DEUTSCHLAND, ITALIEN UND UNGARN MACHTSTRATEGIEN RECHTSPOPULISTISCHER GESCHICHTSUMDEUTUNG	29
1 Deutschland: Neue alte Großmachtfantasien (<i>von Andreas Audretsch</i>)	31
2 Italien: Das Skript der »Befreiung« (<i>von Claudia C. Gatzka</i>)	38
3 »Make Hungary great again« (<i>von Stefan Ozsváth</i>)	48
TEIL II	
DEMOKRATIE, FRAUENRECHTE, RELIGION UND DIE CORONA-PANDEMIE ZENTRALE THEMEN RECHTSPOPULISTISCHER GESCHICHTSUMDEUTUNG	59
1 Demokratie: Das rechtspopulistische Verständnis von Demokratie und Volkssouveränität (<i>von Markus Linden</i>)	61
2 Frauenrechte: Der Antifeminismus der Rechten und die »traditionellen« Geschlechterrollen (<i>von Claudia C. Gatzka</i>)	68
3 Religion: Instrument der Ideologie der Ungleichwertigkeit (<i>von Andreas Audretsch</i>)	80
4 Nationalismus und Rassismus: Die Neue Rechte sieht in der Corona-Krise ihre Chance (<i>von Andreas Audretsch, Claudia C. Gatzka & Paul Jürgensen</i>)	89

EIN AUFRUF	103
Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft – wir alle tragen Verantwortung für die Geschichte und die Zukunft <i>(von Paul Jürgensen & Hedwig Richter)</i>	105
DANKSAGUNG	113
AUTORINNEN UND AUTOREN	115
ANMERKUNGEN	117

GELEITWORT

Geschichte als Kampffeld

Jürgen Kocka

40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1985 erklärte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Deutschen Bundestag:

»Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen«.

Weizäckers sofort viel beachtete Rede fiel nicht vom Himmel. Sie war das Zwischenergebnis langwährender, hochkontroverser öffentlicher Debatten über den richtigen Umgang mit den dunkelsten Seiten unserer Geschichte in der nationalsozialistischen Zeit. Vor allem seit den 1960er-Jahren hatten die Befürworter*innen einer vorbehaltlos ehrlichen, selbstkritischen Aufarbeitung dieses drückenden Erbes, gegen die Strategen der Verdrängung, des Entschuldigens und des Vergessens, allmählich an Boden und schließlich die Oberhand gewonnen. Aber nie zuvor hatte ein Bundespräsident den 8. Mai 1945, der ja auch für die deutsche Niederlage, vielfältige Verluste und die Unterwerfung des Landes unter die Besatzungsmächte stand, so eindeutig als Datum der Befreiung vom Nationalsozialismus bezeichnet. Selten war von höchster Stelle so eindringlich für die »Wahrheit ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit« plädiert worden. Mit aller Entschiedenheit, aber ohne Polemik und neue Verletzungen,

stellte der Bundespräsident den verbrecherischen Charakter der nationalsozialistischen Diktatur heraus. Er erkannte die Schuld und die Verantwortung der Deutschen (und nicht nur einer kleinen Clique von führenden Nazis) an. Gegen die so oft erhobene Forderung, endlich einen »Schlusstrich« zu ziehen und die Vergangenheit ruhen zu lassen, betonte er den Sinn und die Notwendigkeit von Erinnerung und Gedenken, und zwar nicht nur aus Gründen der historischen Gerechtigkeit, sondern auch im wohlverstandenen Interesse des Gemeinwesens, der Bundesrepublik, der es durch ihre allmählich dezidiert werdende Absetzung vom Nationalsozialismus gelungen war und weiter gelingen sollte, ein neues, besseres, demokratisches und friedliebendes Deutschland zu errichten. Es war nicht unwichtig, dass diese Epoche machende Rede nicht aus dem Mund eines »Linken« kam, sondern von einem Mitglied der CDU in eindeutig parteiübergreifender, den Zusammenhalt des Ganzen beschwörender Absicht geäußert wurde.

In der DDR, dem damals noch existierenden zweiten deutschen Staat, gab es eine solche Festlegung nicht. Dort waren die öffentliche Diskussion, aber auch das Denken vieler Bürger*innen durch eine problematische Variante des Antifaschismus geprägt, gemäß der der deutsche Faschismus und seine verderbliche Herrschaft ein Ergebnis der eigensüchtigen Politik kleiner reaktionärer Eliten – der Finanzkapitalist*innen, Imperialist*innen und Militarist*innen – war, die das Volk und besonders die Arbeiterklasse vergewaltigt und verführt hatten. Diese verzerrte Sicht der Dinge erlaubte es der großen Mehrheit, sich letztlich nicht zuständig zu fühlen, die damaligen Untaten der Deutschen unter der nationalsozialistischen Herrschaft nicht als Gegenstand der eigenen Verantwortung zu begreifen, sondern alles auf die tonangebenden Nutznießer*innen eines politischen und wirtschaftlichen Systems zu schieben, das man ja in der sozialistischen DDR zum Glück losgeworden war, während es in der BRD florierte: eine mehr oder weniger subtile Form der Verdrängung.

Die Rede des Bundespräsidenten markierte kein Ende der Auseinandersetzungen. Der von Medien, Historiker*innen und anderen heftig ge-

führte »Historikerstreit« um den Ort des Holocaust in der deutschen Geschichte und um seine Einzigartigkeit erreichte erst nach Weizsäckers Rede die breite Öffentlichkeit. Nach der Wiedervereinigung wurde heftig über die Ähnlichkeiten und Unterschiede der beiden deutschen Diktaturen, der nationalsozialistischen und der kommunistischen, gestritten, doch damit geriet die Erinnerung an die Opfer und Verantwortlichen der nationalsozialistischen Untaten nicht in den Hintergrund, ganz im Gegenteil. Die Debatte über das »doppelte Unrecht« der faschistischen und kommunistischen Verfolgungs- und Unterdrückungssysteme des 20. Jahrhunderts gewann bald eine gesamteuropäische Dimension. In Deutschland wurde sie beispielsweise im Zusammenhang mit der seit 1990 an Gewicht gewinnenden Gedenkstättenarbeit geführt, denn an Orten wie Buchenwald und Sachsenhausen stand nun nicht nur die Erinnerung an die nationalsozialistischen Konzentrationslager, sondern auch an die von der sowjetischen Besatzungsmacht nach 1945 betriebenen »Speziallager« auf der Tagesordnung. Die Erinnerung an die Opfer und Täter der totalitären Diktaturen blieb schmerzlich und im Einzelnen umstritten. Den einen ging die damit übernommene Verantwortung nicht weit genug. Andere wandten sich, meist im Stillen, gegen Praktiken des öffentlichen Gedenkens, die ihnen übertrieben vorkamen oder die sie als Beeinträchtigung nationaler Selbstanerkennung ablehnten. Viele machten zu Recht darauf aufmerksam, dass die deutsche Geschichte in der Geschichte der Diktaturen und ihrer Verbrechen nicht aufgeht, sondern auch viele Entwicklungen, Leistungen und Ergebnisse enthält, die mit Hochschätzung erinnert zu werden verdienen.

Aber insgesamt hat sich in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten ein vergleichsweise offenes, selbstkritisches, verantwortungsbewusstes Verhältnis gegenüber dem großen historischen Gewicht und den zerstörerischen Wirkungen der nationalsozialistischen Diktatur, der damit verbundenen deutschen Schuld und der daraus sich ergebenden Verantwortung partei- und lagerübergreifend durchgesetzt. Die Forschungen der Historiker*innen, der Unterricht der Lehrer*innen in den Schulen, die

Medien und öffentlichen Diskussionen, die Selbstdarstellung und die Rituale der Politik, die Einrichtung von Erinnerungsorten und -tagen haben dazu entschieden beigetragen. Zunehmend ist klar geworden, dass durch ehrlichen Umgang mit den dunklen Seiten unserer jüngsten Geschichte, durch Anerkennung von Schuld und Verantwortung und durch die damit verbundene Anstrengung, aus der Geschichte zu lernen und Wiederkehr zu verhindern, nicht nur den Leiden der Opfer ein Stück Gerechtigkeit widerfährt und historische Wahrheit respektiert wird, sondern auch die Politik, Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik gestärkt werden. Denn: Der ehrliche Umgang mit der eigenen Vergangenheit kam der internationalen Anerkennung Deutschlands zugute. Er wirkte für viele als kraftvolles Motiv zum entschiedenen Engagement für die Gestaltung eines freiheitlichen, demokratischen, friedlichen und gerechten Gemeinwesens, das sich von seinen Vorläufern fundamental unterscheiden sollte. Die Erinnerung an die Erblast der nationalsozialistischen Diktatur – und auch an die der kommunistischen in der DDR – ging und geht oft Hand in Hand mit Genugtuung und Stolz, dass uns mit der Bundesrepublik die Errichtung eines neuen, besseren, zukunftsfähigen Gemeinwesens gelungen ist – im durch Erinnerung wach gehaltenen Bewusstsein, dass Freiheit und Demokratie verlorengehen können, Frieden und Vernunft gefährdet sind und die Zivilisation zerbrechlich ist. Die ungeschminkte Erinnerung an die Vergangenheit wirkte und wirkt als gewichtiger Beitrag zum politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritt in der Bundesrepublik. Sie wurde zu einem zentralen Bestandteil deutscher Identität. Viele positive und manche problematischen Elemente der deutschen Politik nach innen und außen, aber auch in den Haltungen und Stimmungen der Bevölkerung, erklären sich nur mit Blick auf diese Geschichte und ihr Fortwirken in der Gegenwart.

Der Aufstieg nationalistischer, rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen und Parteien in den letzten Jahren fordert die demokratischen Rechts- und Verfassungsstaaten Europas in vielen Hinsichten heraus, überall etwas anders. In Deutschland zeigt sich dies unter ande-

rem in Form von Angriffen auf den über die Jahrzehnte entstandenen Geschichtsdeutungskonsens, die aus der AfD und ihrem Umkreis, bisher vereinzelt und nicht in Form einer entwickelten Alternativkonzeption, vorgetragen werden. Dazu gehört es, die Bedeutung des Zivilisationsbruchs, den die nationalsozialistische Vernichtungs- und Zerstörungspolitik darstellte, herunterzuspielen: »Hitler und die Nazis... nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte«, so der Parteivorsitzende Alexander Gauland 2018 in einer seiner wiederholten Attacken auf den deutschen »Schuldskult«. Man wolle sich nicht nur »unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückholen«. Und dazu gehöre auch das »Recht, auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen stolz« zu sein. Auf AfD-nahen Kongressen und in entsprechenden Veröffentlichungen wird der einsitzende Holocaust-Leugner Horst Mahler als politischer Gefangener bezeichnet. Viel Applaus findet das Lob für die »heute verfemte, viel geschmähte Wehrmacht, wo auch viel mehr selbstständige Köpfe saßen bis hin zu den Generalen der Waffen-SS«. Der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke verlangte eine 180-Grad-Wende der deutschen Erinnerungskultur und sprach vom Berliner Holocaust-Mahnmal als einem »Denkmal der Schande«, das sich die Deutschen »als einziges Volk der Welt in das Herz ihrer Hauptstadt gepflanzt« hätten. Sprecher*innen der Partei attackieren einen »historisch begründeten Grundpfeiler« unseres Gemeinwesens (Markus Linden), wenn sie die Bundesrepublik mit einer Diktatur gleichsetzen und Widerstand gegen das System fordern.

Soweit der Widerspruch gegen solche Angriffe argumentativ möglich ist, bieten sich mehrere Strategien an: Zum einen können geschichtswissenschaftliche Befunde gegen Verdrehungen und Falschaussagen direkt in Stellung gebracht werden. Wenn etwa ein Mitarbeiter Alexander Gaulands, Michael Klonovski, in seinem Blog von der »unbändigen Provokationslust der Polen« im Jahr 1939 faselt und damit die Schuld Deutschlands am Beginn des Zweiten Weltkriegs zu relativieren versucht, empfiehlt es sich, die leicht zugänglichen Darstellungen des Kriegsaus-

bruchs 1939 heranzuziehen. Dieser ist gründlich erforscht, die Ergebnisse sind eindeutig und widerlegen solche Spekulationen. Zum anderen lässt sich zeigen, dass und wie in rechtsextremen und rechtsradikalen Aussagen Geschichte instrumentalisiert wird, das heißt Aussagen über historische Verläufe und Zusammenhänge einseitig verkürzt und verzerrt benutzt werden, um politische Thesen zu begründen oder zu untermauern. Schließlich ist auf den Zusammenhang zwischen Geschichtsdeutung und Gegenwartsorientierung einzugehen und zu zeigen, welche fundamentale Bedeutung der Umgang mit Geschichte für die Stärkung oder Schwächung der Demokratie, für den Zusammenhalt oder die Spaltung der Gesellschaft und für die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens besitzt.

In unterschiedlicher Weise stellen sich die folgenden Beiträge dieser drängenden Aufgabe. Dabei werden zu Recht die Ideenpolitik der AfD und die deutschen Entwicklungen überhaupt in breitere Zusammenhänge gerückt. Denn der bedrohliche Aufschwung einer »Neuen Rechten« ist ein internationales Phänomen, das es grenzüberschreitend zu behandeln und zu bekämpfen gilt.

EINLEITUNG

Warum wir um die Geschichte kämpfen müssen, um eine Zukunft zu haben

Andreas Audretsch & Claudia C. Gatzka

Das Jahr 2020 ist geprägt von intensiver gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Zum 75. Mal jährt sich die Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee im Jahr 1945. Und zum 30. Mal feiern wir die Wiedervereinigung, die auch die Überwindung der letzten Diktatur auf deutschem Territorium bedeutete. Es geht um Erinnerung, immer aber auch um Mahnung für Gegenwart und Zukunft – und um die zentrale Frage, welche unerschütterlichen Grundsätze wir als gesellschaftlichen Konsens verstehen. Nie wieder Diktatur, nie wieder Nationalismus, nie wieder Faschismus, nie wieder Auschwitz – Konsens für alle war das nie, und dennoch haben sich diese Grundsätze über viele Jahrzehnte zunehmend gesellschaftlich etabliert und verfestigt.

Das Erstarken neuer rechtsextremer Strömungen in Deutschland, aber auch in anderen Ländern Europas und weltweit, stellt die genannten Grundsätze wieder massiv zur Disposition. Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme begehen gezielt Tabubrüche und ernten so mediale Aufmerksamkeit. Über die Massenmedien nimmt die breite Öffentlichkeit dabei nur die Spitze des Eisberges wahr. So Anfang Mai 2020, als sich der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion anlässlich des Weltkriegsendes vor 75 Jahren zum Tag der Befreiung am 8. Mai äußerte. Man solle diesen Tag Gauland zufolge nicht zum gesetzlichen Feiertag erklären. Das Datum habe nicht das Potenzial dazu. Als Grund führte er an, dass es zwar für Insassen der Konzentrationslager ein Tag der Befreiung gewesen sei. »Aber es war auch ein Tag der absoluten Niederlage, ein Tag des Verlustes von großen Teilen Deutschlands und des Verlustes von Gestaltungsmöglichkeit«, so Gauland.¹ Es ist nicht das erste Mal, dass Vertreter*innen der AfD und der Neuen Rechten gezielt versuchen, mit Tabubrüchen den geschichtspolitischen Grundkonsens in Deutschland anzugreifen mit

dem Ziel, ihn Stück für Stück zu verschieben. Der »Schuldskult« ist in rechten Kreisen zum geflügelten Wort geworden, das Holocaust-Mahnmal wird als »Denkmal der Schande« in der Mitte der Hauptstadt betitelt, der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag nennt den Nationalsozialismus einen »Vogelschiss« in der Geschichte. Die mediale Empörung über derartige Aussprüche ist zu Recht groß. Die anschließende Debatte bleibt jedoch fast immer an der Oberfläche. Ein Fehler, denn die genannten Provokationen sind nur Ausläufer einer Gesamtstrategie, mit der die neuen rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen versuchen, die Gesellschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern, ihre basalen Werte in Frage zu stellen und durch neue Werte zu ersetzen. Dazu versuchen sie, Traditionen neu zu erfinden, Geschichte umzudeuten und Vergangenheit zu instrumentalisieren. Die Corona-Krise versteht die Neue Rechte dabei als historischen Moment, ihre Ideologie mehrheitsfähig zu machen. In Ungarn führt Viktor Orbán das Land in der Ausnahmesituation an den Rand einer Diktatur und greift dabei auf über Jahre kultivierte historische Figuren zurück. In Deutschland beschwört die Neue Rechte in ihren Kanälen eine »Renaissance des Nationalstaates« und die Illusion, es könne ein Zurück geben zu nie dagewesenen homogenen, »autarken Einheiten« im globalen »Überlebenskampf«.

Ziel dieses Sammelbandes ist es, diese Gesamtstrategie zu analysieren und die geschichtspolitischen Mechanismen aufzudecken, die dabei wirken. Dabei werfen wir einen konkreten Blick auf die Strategien der Rechten im Umgang mit Geschichte, wie sie sich in Deutschland, Italien und Ungarn zeigen. Außerdem nehmen wir vier Themen genauer unter die Lupe, die überall in Europa zum Standardrepertoire von Rechtspopulist*innen und Rechtsextremen gehören: das Verständnis von Demokratie, den Umgang mit Frauenrechten, die Instrumentalisierung von Religion als politischem Mittel der Spaltung und den Umgang mit der Corona-Pandemie.

Die Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen Europas gehen nicht planlos vor. Sie folgen sehr gezielt einer Gesamtstrategie.² Den ge-

danklichen Unterbau dafür liefert ein Theoretiker, der selbst im faschistischen Italien verfolgt wurde und trotzdem zum Stichwortgeber der Neuen Rechten geworden ist. Es geht um Antonio Gramsci und seine Thesen zur »kulturellen Hegemonie«. Gramsci wurde 1891 auf Sardinien geboren. Zeit seines Lebens verstand er sich als Anwalt mittelsozialer Schichten Italiens und als Theoretiker ihrer politischen und gesellschaftlichen Anliegen und verbrachte dafür die letzten Jahre seines Lebens im Gefängnis. Bei den Wahlen 1924 erhielt er für die Kommunistische Partei Italiens ein Abgeordnetenmandat, wurde 1926 jedoch unter Missachtung seiner Immunität von den Faschisten verhaftet und erst ein Jahr später angeklagt. Der Staatsanwalt machte in seiner Anklagerede deutlich, für wie gefährlich man Gramsci als Intellektuellen hielt. Überliefert sind die Worte: »Wir müssen für zwanzig Jahre verhindern, dass dieses Hirn funktioniert«. Das Urteil lautete auf zwanzig Jahre, vier Monate und fünf Tage Haft. Während der Zeit im Gefängnis verfasste Gramsci seine »Gefängnishefte«, in denen er seine Theorie auf der Grundlage der Beobachtungen der italienischen Gesellschaftsstruktur entwickelte. Erst 1935 gewährte der faschistische Staat dem schwerkranken Gramsci einen Klinikaufenthalt. Als er 1937 seine Freiheit zurückerhielt, sollte er nur noch sechs Tage am Leben sein. Er starb im Alter von 46 Jahren.³

Kern der These Antonio Gramscis ist, dass es in einer modernen Gesellschaft nicht möglich ist, durch eine kleine Gruppe von »Herrschenden« die große Mehrheit der Bevölkerung von oben zu regieren. Eine herrschende Ordnung bezieht ihre Stabilität vielmehr daraus, dass die Mehrheit der Bevölkerung an sie glaubt. Sein Grundgedanke ist, »dass sich die Suprematie einer gesellschaftlichen Gruppe auf zweierlei Weise äußert, als ›Herrschaft‹ und als ›intellektuelle und moralische Führung‹. (...) Eine gesellschaftliche Gruppe kann, und muss sogar, bereits führend sein, bevor sie die Regierungsmacht erobert; danach, wenn sie die Macht ausübt und auch fest in Händen hält, wird sie herrschend, muss aber weiterhin auch ›führend‹ sein.«⁴ Politische Auseinandersetzung ist bei Gramsci Kampf um die Hegemonie der Ideen, Kampf um das unmittelbare Welt-

verständnis der Vielen: um das, was den Wertekern einer Gesellschaft ausmacht und in der Mehrheit unmittelbar Zustimmung erfährt. Gramsci nennt es den Kampf um »kulturelle Hegemonie«. Moderne Herrschaft ist damit langfristig nicht denkbar auf der reinen Basis »physischer Zwangsgewalt« durch Staat und Polizei. Es bedarf vielmehr eines »hegemonialen Konsens[es]«, der Herrschende und Beherrschte zusammenbindet.⁵

Diese Thesen Gramscis sind wichtig zum Verständnis der Tiefe der gesellschaftlichen Auseinandersetzung unserer Zeit und um Antworten auf das Erstarken von Kräften zu geben, die die Errungenschaften moderner, westlicher Demokratien schleifen wollen. Der »rechte Gramscismus« gehört zum Standard-Theorie-Gebäude der Neuen Rechten, sie hat sich die Gedanken Gramscis zu eigen gemacht.

Die explizite Bezugnahme der Neuen Rechten auf die »Gramsci-Taktik« ist nicht neu. Parallel zu den »Neuen Sozialen Bewegungen« der 1960er- und 1970er-Jahre, und in Reaktion auf 1968, entwickelten sich neurechte, zum Teil militante Strömungen, die sich von »alten Rechten« lossagten, die als erstarrt und wenig erfolgreich galten. In den 1960er- und 1970er-Jahren mobilisierten sie in Italien und auch in der Bundesrepublik Tausende von Anhänger*innen.⁶ In den 1980er-Jahren gewannen Strömungen an Einfluss, die sich dezidiert an die französische »Nouvelle Droite« und die Ideen ihres Vordenkers, Alain de Benoist, anlehnten. De Benoist ging es explizit um ein Projekt, das er als gesamteuropäischen Kulturkampf verstand. Es ging um die »Auswanderung« der Politik aus ihrer klassischen staatlichen Domäne in den kulturellen Sektor; damit wollte er der Neuen Linken und ihren Intellektuellen nacheifern, die sich der Kulturrevolution als Weg hin zur Machtübernahme verschrieben hätten. Der Kulturkampf der Neuen Rechten richtete sich gegen den Egalitarismus der Linken, gegen universelle Menschenrechte und hob soziobiologische und ethnische »Essenzen« der Gesellschaft hervor.⁷

Heute erleben wir das erneute Erstarken der Neuen Rechten: den Aufstieg von Donald Trump in den USA, des Front National (heute Rassemblement National) in Frankreich, der AfD in Deutschland, Viktor Orbáns

und der Fidesz-Partei in Ungarn sowie der Lega mit Matteo Salvini in Italien. Sie alle werben nicht nur für politische Vorhaben, sie verfolgen ein größeres Ziel: Der Kampf um die von Gramsci beschriebene »kulturelle Hegemonie« ist in vollem Gange. Ein zentrales Instrument ist dabei die Geschichtspolitik – genauer: die Umdeutung der Geschichte zu politischen Zwecken.

Geschichte wird natürlich ständig umgeschrieben und neu gedeutet, sonst hätte eine akademische Wissenschaft, die sich mit der Vergangenheit beschäftigt, keinen Sinn. Geschichtsschreibung präsentiert immer eine gewisse, in der aktuellen Gegenwart wurzelnde Perspektive auf die Vergangenheit, die bestimmte Aspekte betont und andere ausblendet, manche Erzählungen anbietet und andere nicht. Sie ist immer ein Deutungsangebot, allerdings eines, das sich in der kritischen Fachöffentlichkeit als plausibel erweisen muss. Erst dann setzt sich eine bestimmte Deutung von Vergangenheit durch.

Um ein möglichst realitätsgetreues Bild der Vergangenheit zeichnen zu können, arbeiten Historiker*innen mit einer großen Anzahl unterschiedlicher Quellen, also überlieferten Dokumenten und Dingen, Bildern und Filmaufnahmen, die über die Vergangenheit Zeugnis ablegen. Seitdem sich die Geschichtswissenschaft als moderne empirische Wissenschaft im 19. Jahrhundert entwickelte, wurde Geschichte lange Zeit in erster Linie als die Geschichte des Nationalstaats und der »großen Männer« verstanden, die Innen- und vor allem Außenpolitik betrieben. Historiographie diente bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein vor allem dazu, Nationalstaaten, Völkern, auch »Rassen« oder historischen Räumen als vermeintlich überzeitlichen Einheiten eine Geschichte zu geben. Seit den 1970er-Jahren erst hat sich eine Methode durchgesetzt, die auf Multiperspektivität zielt, also von dem Grundsatz ausgeht, dass wir es in der Vergangenheit (wie in der Gegenwart) mit einer Pluralität an Akteur*innen zu tun haben, die nicht selten im Konflikt miteinander standen. Geschichtswissenschaft begann nun, sozialen Klassen und Schichten zu untersuchen, entdeckte die Geschlechter, aber auch Milieus und Parteien, den

Alltag oder die Wirtschaft als spezifische Felder der Gesellschaft, die nun als heterogenes Gebilde eine Geschichte erhielt.

In den 1980er-Jahren dann griff in den Geschichts- und Kulturwissenschaften die Erkenntnis um sich, dass die Nation selbst ein Konstrukt darstellt: eine Erfindung gewisser Eliten zu politischen Zwecken.⁸ In der Tat hat es den deutschen Nationalstaat vor 1871 nicht nur so nicht gegeben, auch nach der Nationalstaatsgründung mussten staatliche Einrichtungen wie Schulen, Militär oder Passbehörden ein *Bewusstsein* breiter Massen für die Nation, ihre Nationalität und die damit verbundenen Rechte und Pflichten überhaupt erst schaffen. Diese staatliche Produktion loyaler Staatsbürger*innen, unterstützt durch so manche Vereine und Verbände, aber keineswegs von der Mehrheit der Zeitgenoss*innen direkt nachgefragt, ist für sämtliche europäischen Gesellschaften historisch erforscht worden.⁹ Die Annahme einer essentiellen, überzeitlichen, an Sprache und andere Gebräuche gebundenen oder gar biologisch fundierten Nation ist so gerade von Historiker*innen widerlegt worden.

Stattdessen haben sie nachgewiesen, wie Nationen, Nationalitäten und vor allem das Nationalgefühl durch aktive Geschichtspolitik sowie durch die *Erfindung von Traditionen* durch bestimmte staatliche und zivilgesellschaftliche Interessengruppen überhaupt erst hervorgebracht wurden: durch die Tradierung und Verbreitung mythischer Erzählungen, durch Denkmalsbau und Denkmalspflege, durch die Einführung von Pässen und Grenzstationen (erst Ende des 19. Jahrhunderts!), durch Diskurse in Presse und Publizistik oder auch durch die modernen Wissenschaften selbst, die »Nation« oder »Rasse« lange zu ontologischen Einheiten erklärten, die einfach gegeben wären. Heute betrachten wir sie als kulturelle Hervorbringungen: Denn der Nationalstaat ist erwiesenermaßen historisch geworden und daher kein Naturgesetz; und auf Chromosomen steht nicht »deutsch« oder »französisch« geschrieben. Kulturell hervorgebracht heißt: Was als »deutsch« oder »französisch« galt, bestimmten Menschen durch Setzungen und Zuschreibungen, also letztlich ziemlich willkürlich. Stets bezogen sie sich dazu auf die Geschichte und die dort mutmaßlich

aufgehobenen Traditionen. Geschichtsschreibung stellte sich, gerade auch im »Dritten Reich«, allzu häufig gern in den Dienst radikalnationalistischer Konstruktionsabsichten – ebenso wie sie in den sozialistischen Diktaturen als marxistische Legitimationswissenschaft erhalten musste. Es ist also historisch gesprochen ein Stück weit normal, dass Geschichte in den Identitäts- und Ideologiekämpfen der Moderne herangezogen und immer wieder neu geschrieben wird, um der eigenen Anschauung Evidenz zu verschaffen. Deshalb ist es so wichtig, dass die Geschichtswissenschaft in der liberalen Demokratie pluralistisch organisiert ist und sich Thesen und Interpretationsangebote im Inneren der Disziplin, durch Methodenkontrolle und Kritik, behaupten müssen, um Eingang in die Lehrbücher zu finden.

Zu den Erkenntnissen dieser pluralistisch abgesicherten Geschichtswissenschaft der letzten Jahrzehnte gehört nicht nur der Konstruktionscharakter des Nationalen, von biologistischen Konzepten wie der »Rasse« einmal ganz abgesehen. Darüber hinaus haben Historiker*innen die eminente Globalität der modernen kapitalistischen Gesellschaft seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgearbeitet – und die damit verbundenen Migrations- und Austauschprozesse erforscht. Schon das Deutsche Kaiserreich erweist sich aus heutiger Perspektive als ein enorm pluralistisches Gebilde, das von Kulturkämpfen, den Partizipationsbestrebungen der Sozialdemokratie und einem aufstrebenden Feminismus ebenso durchdrungen wurde wie von Antifeminismus, Antisemitismus und radikalnationalistischer völkischer Mobilisierung.¹⁰

Prägend waren für die modernen Gesellschaften Europas seit der Französischen Revolution zudem ihre transnationale Verortung, die gegenseitige Beobachtung und Bewegung über Grenzen hinweg, die häufig noch gar nicht staatlich abgesichert waren. Auch die Faschismen Europas waren im Übrigen transnationale Phänomene, schon in den 1920er- und 1930er-Jahren.¹¹ Wie Grenzen und Identitäten nicht trotz, sondern gerade wegen der intensiven transnationalen und globalen Vernetzung seit dem 19. Jahrhundert gezogen und definiert wurden – wie auch Nationalismus

und Rassismus geradezu defensive Reaktionen auf eine unhintergehbare Globalisierung waren –, hat die jüngste Geschichtswissenschaft erforscht.¹² Damit berührt sie Probleme, die heute von höchster Aktualität sind. Sie kann dazu beitragen, Versuche einer erneuten Abschottung durch die exklusive Konstruktion des Nationalen oder des Ethnischen als Strategien zu entlarven, die auf Mythen beruhen und nichts mit der historischen Realität, die seit Langem höchst divers und »multikulturell« ist, zu tun haben.

Genau eine solche Konstruktion betreiben Rechtspopulist*innen im 21. Jahrhundert erneut. Sie nutzen Geschichte, kehren dabei aber zu einem Forschungs- und methodischen Reflexionsstand des 19. Jahrhunderts zurück. Sie beleben alte Mythen neu, die in der akademischen Disziplin längst widerlegt und dekonstruiert wurden. Sie ignorieren quellenkritisch und methodisch valide Befunde, um ihrem Nationalismus und Rassismus Legitimation zu verleihen. Kurzum: Sie erzählen steinalte, aber sich neu gerierende Geschichten, um Deutungshoheit zu erlangen und schleichend an die Macht zu kommen. Dabei verschließen sie die Augen vor historischen Realitäten.

In diesem Sammelband analysieren wir die geschichtspolitischen Strategien der Neuen Rechten genauer. Dazu werfen wir zunächst den Blick auf drei europäische Beispiele nationaler Geschichtsumdeutungen. In Deutschland arbeitet die »Alternative für Deutschland« (AfD) im Verbund mit neurechten Strukturen und alten Rechtsradikalen daran, mit Tabubrüchen und unverblümter Geschichtsklitterung einen historischen Konsens der Bundesrepublik zu brechen. Andreas Audretsch analysiert eingehender, wie sie das tun. Im Zentrum stehen alte deutsche Großmachtfantasien, die Idee der kulturellen und militärischen Überlegenheit Deutschlands in Europa und darüber hinaus. Noch ist es den Rechtspopulist*innen nicht gelungen, in zentrale politische Führungspositionen vorzudringen, allerdings haben sie sich mittlerweile im Deutschen Bundestag und in allen sechzehn Landesparlamenten festgesetzt und unterwandern Sicherheitsbehörden und Organisationen. Überall dort, aber

auch im Alltag, gilt es, ihrem Geschichtsbild entschlossen entgegenzutreten.

Einen Schritt weiter ist die Entwicklung in Italien. Die Lega und ihr Vorsitzender Matteo Salvini bedienen sich offen faschistischer Symbole, beziehen sich auf die Zeit des Mussolini-Faschismus und kultivieren eine Erzählung der »Befreiung« Italiens von fremden Mächten, die Claudia Gatzka genauer analysiert. Gezielt versucht die Lega, aus historischen Anleihen legitime Begründungen für die Politik der Gegenwart abzuleiten – eine Strategie, mit der es Matteo Salvini zwischenzeitlich bis zum Innenminister gebracht hat und die ihm in breiten Teilen der italienischen Wählerschaft eine große Glaubwürdigkeit verleiht. Gerne inszeniert sich Salvini auf italienischen Plätzen als »Befreier« und »Zuhörer« der Italiener*innen. Auch wenn er derzeit nicht mehr in der Regierung sitzt: Der Kampf um die Interpretation der Geschichte Italiens, um die kulturelle Hegemonie von heute und damit letztlich um die Machtlegitimation von morgen ist in Italien nach wie vor in vollem Gange.

Am weitesten fortgeschritten ist die geschichtspolitische Umwälzung durch Rechts in Ungarn. Viktor Orbáns autoritäre Politik geht mit einer Neuschreibung der ungarischen Geschichte einher, wie Stephan Ozsváth in diesem Band aufzeigt. Orbán stellt sich in die historische Ahnengalerie der ungarischen Held*innen, er reklamiert gleichsam alle ungarischen Freiheitskämpfe als »seine«: den Kampf gegen die Habsburger 1848, den Aufstand von 1956, die Befreiung 1989. Alles, was seinem legitimatorischen Geschichtsbild widerspricht, muss weichen. Denkmäler und Namen von »unliebsamen« Persönlichkeiten der ungarischen Geschichte verschwinden aus der Öffentlichkeit, von Plätzen und Straßenschildern – und damit aus dem kollektiven Gedächtnis. Und wer beim Umschreiben der Geschichte nicht mitmachen will, wird mundtot gemacht. Institute müssen schließen oder werden übernommen, Gedenkfeiern werden, teils mit falschen Fakten, an die Geschichtsschreibung Orbáns angepasst. Und in der Corona-Krise werden alle, die seiner Geschichtsschreibung, den

Opfermythen und Freiheitskämpfen nicht folgen wollen, als Dissident*innen gebrandmarkt.

Deutschland, Italien, Ungarn – drei Beispiele, die zeigen, wie Geschichte zum Machtinstrument wird. Und Beispiele, die zeigen, wie gefährlich es ist, nicht zu erkennen, wie tiefgreifend Rechtspopulist*innen in ganz Europa daran arbeiten, eine neue Interpretation der Vergangenheit zur Dominanz zu bringen. Ihr Ziel: auf diese Weise schleichend die Macht zu erringen und neue Systeme autoritärer Herrschaft zu etablieren.

Im zweiten Teil dieses Bandes betrachten wir die geschichtspolitischen Strategien europäischer Rechtspopulist*innen anhand von vier thematischen Beispielen: Demokratie, Frauenrechte, Religion und Corona-Pandemie. Markus Linden analysiert, wie Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme in ganz Europa daran arbeiten, ein Demokratieverständnis mehrheitsfähig zu machen, das die Konstruktion eines »wahren Volkes« zur Basis hat, dem alle Macht zugesprochen werden soll – unter Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung, vor allem von Minderheiten. Die Umdeutung der Geschichte zielt hier darauf ab, diesem konstruierten »wahren Volk« Legitimität zu verschaffen. In Deutschland, so schreibt Markus Linden, betreibt die AfD mittlerweile aktiven Geschichtsrevisionismus, um damit eine tribalistische Ideologie zu stützen. Auch deshalb kann der Partei eine geschlossen rechtsradikale Ausrichtung attestiert werden.

Auch die Geschichte weiblicher Emanzipation wird durch die Rechtspopulist*innen systematisch umgeschrieben und instrumentalisiert. In Frankreich, in Österreich oder auch in Deutschland rufen Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen neue Frauenbewegungen aus und stilisieren Frauen zu den »Töchtern Europas« im Kampf gegen ihre vermeintliche Entrechtung durch muslimische Einwanderer*innen. Claudia Gatzka zeigt, wie dieses Eintreten für die Rechte der Frau gerade nicht auf den Errungenschaften weiblicher Emanzipation beruht, sondern auf extrem konservativen Vorstellungen von »klassischen« Geschlechterrollen, die von rechts zur »Tradition« erhoben werden. Ihr Blick auf die tatsächlichen Geschlechterverhältnisse in der Ge-

schichte liefert Argumente, wie dem Versuch der Rechten, durch die Beschwörung von Traditionen die kulturelle und gesellschaftliche Hegemonie auch diesen Fragen zu erlangen, begegnet werden kann.

Ein weiteres zentrales Thema europäischer Rechtspopulist*innen ist die Religion – ob in Frankreich, Ungarn, in den Niederlanden, Italien, Polen oder Deutschland. Wie Andreas Audretsch ausführt, haben die Debatten in allen Ländern eines gemeinsam. Sie konstruieren eine vermeintlich homogene europäische Tradition, aus der sich eine Ideologie der Ungleichwertigkeit entlang religiöser Linien und Glaubenssätze begründen lassen soll. Christ*innen sind mehr wert als Muslim*innen, so die zentrale Botschaft. Muslim*innen sollen sich unterordnen oder Europa verlassen. Die rechtspopulistische Umdeutung der Geschichte versucht dabei gezielt, zentrale Errungenschaften der europäischen Aufklärung auszuradieren und aus dem kollektiven Gedächtnis zu tilgen. Religion wird zum Instrument der Spaltung und der Machtausübung. Glaubensfreiheit, Toleranz und die Gleichheit aller Menschen, zentrale Themen europäischer Aufklärung, werden systematisch negiert und, mehr noch, bewusst ins Gegenteil gekehrt. Sich die Entstehung dieser Errungenschaften vor Augen zu führen, liefert Argumente gegen die rechtspopulistischen Anmaßungen, die wahren »Freiheitskämpfer« zu sein.

Die Corona-Pandemie wird von der Neuen Rechten grenzübergreifend benutzt, um ihrem Nationalismus und Rassismus politische Legitimität zu verleihen. Dabei lassen sich zwei Strategien beobachten, die letztlich jedoch den gleichen Kern haben. Entweder soll das »wahre Volk« von einer »globalistischen Elite« befreit werden, die ein *harmloses* Virus nutze, um diktatorische Macht an sich zu reißen. Oder das »wahre Volk« soll vor dem *gefährlichen* Virus geschützt werden, das erst durch die »globalistische Elite« und ihre Politik der offenen Grenzen ins eigene Land kommen konnte. Auch in dieser Krise zeigt sich das bewährte Muster, Geschichte zu instrumentalisieren, um eine vermeintlich bessere Zukunft zu imaginieren – in diesem Fall eine »keimfreie«. Dazu werden Mythen über nationale Freiheitskämpfe reaktiviert, geschichtliche Größe glorifi-

ziert und ein vermeintlich vergangenes, autarkes, homogenes Volk beschworen. Auf diese Weise versuchen die Wortführer*innen der Neuen Rechten glauben zu machen, der Moment der historischen Befreiung sei gekommen und das »wahre Virus« seien globaler Austausch und plurale Gesellschaften. Einzig die Besinnung auf das »wahre Volk« verspreche nationale Souveränität und somit auch gesundheitlichen Schutz. Wie die Corona-Krise genutzt wird, um Mehrheiten für den völkischen Nationalismus zu organisieren, und welche Gegenargumente wir mit einer aufrechten und historisch informierten liberal-demokratischen Haltung formulieren können, diskutieren Andreas Audretsch, Claudia Gatzka und Paul Jürgensen.

Es ist richtig, jeden Tag aufs Neue gegen Faschismus, gegen Rassismus und Antisemitismus, gegen Homophobie und die Entrechtung von Frauen anzukämpfen. Um aber der weiteren Verbreitung rechtsextremen Denkens Einhalt gebieten zu können, ist es wichtig, auch die großen Linien rechtspopulistischer Erzählungen zu verstehen und ihnen historisch gesichertes Wissen entgegenzusetzen. Dies ist Aufgabe der Wissenschaft, aber auch von Lehrkräften, der Zivilgesellschaft und von uns allen, wie abschließend Hedwig Richter und Paul Jürgensen ausführen.

Die Autor*innen der Texte haben sehr unterschiedliche Hintergründe – sie sind Historiker*innen, Politikwissenschaftler*innen, Praktiker*innen aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft. Entsprechend unterschiedlich waren die Herangehensweisen und entsprechend eigenständig sind die Texte, die mal wissenschaftlicher, mal essayistischer gehalten sind oder aber journalistisch beobachtend. Was sie eint ist, gezielt die Instrumentalisierung und strategische Umdeutung der Geschichte durch die Neue Rechte zu analysieren und Gegenargumente zu liefern, die auf dem aktuellen Stand der Geschichts- und Politikwissenschaft aufbauen.

Wir dürfen der Neuen Rechten nicht die Interpretation der Vergangenheit überlassen. Wir müssen um die Geschichte kämpfen, nur so können wir auch für die Zukunft den Grundkonsens einer liberalen Demokratie bewahren – die Freiheit, Gleichheit und Solidarität aller Menschen.